



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs-Spiegel. Das Pariser Petit Journal hat sich bemüht gefunden, die Nachricht der Grenzboten ohne weiteres als falsch zu bezeichnen, daß sich die französische Regierung um die Exhumierung der sterblichen Überreste der 1870/71 in der deutschen Gefangenschaft gestorbenen französischen Soldaten bemüht und der Kaiser diese jetzt mit der ausdrücklichen Anordnung militärischer Ehren für die Übergabe genehmigt habe. Leider hat sich der Telegraph die Verbreitung dieser Pariser Behauptung angelegen sein lassen, und ein großer Teil unsrer Zeitungen, für die das Fremde immer eine größere Autorität hat als das, „was nicht weit her ist,“ hat es ohne Prüfung nachgedruckt. Das Petit Journal muß sich, wenn überhaupt, an einer sehr schlecht unterrichteten Stelle erkundigt haben, sonst hätte es dort erfahren müssen, daß sowohl im Jahre 1904 wie im Jahre 1905 in Paris und in Berlin über diesen Gegenstand amtlich verhandelt worden ist. Die Anregung dazu ist ausgegangen von einem Komitee in Havre, das die Überreste der aus dem Departement Seine Inférieure gebürtigen, in Deutschland gestorbenen Kriegsgefangenen in die Heimat übergeführt und auf den cimetières régimentaires bestattet zu sehen wünschte. Es wurden zunächst Verhandlungen mit der deutschen Botschaft in Paris eingeleitet, die jedoch ohne Erfolg blieben. Gegen Ende des vorigen Jahres wurde dann der französische Botschafter in Berlin angewiesen, sich der Sache anzunehmen; die von Herrn Bihourd getanen Schritte hatten jedoch auch kein Ergebnis. Neuerdings hat Herr Bihourd die Sache wieder aufgenommen. Bei den inzwischen veränderten Beziehungen zu Frankreich war man in Berlin eher geneigt, einem Werke der Pietät entgegenzukommen, und nachdem der Kriegsminister erklärt hatte, daß keine militärischen Bedenken entgegenstünden, erfolgte auf Inmediatvortrag des Reichskanzlers die kaiserliche Genehmigung. Es ist schon zwischen dem Reichskanzler und dem Kriegsminister das Nötige wegen der zu erweisenden militärischen Ehren verabredet worden, und Herr Bihourd ist davon amtlich verständigt worden. Es handelt sich um die in Glatz, Stralsund und Stettin bestatteten Toten. Mitte Februar 1871 waren in Deutschland als Kriegsgefangene 11860 Offiziere und 371981 Mannschaften; die Zahl der Kranken und der den Krankheiten Erlegnen ist namentlich bei den Gefangenen von Metz und Sedan anfänglich recht groß gewesen.

Die Behandlung dieser Angelegenheit im Petit Journal ist für die französische Presse geradezu typisch. Das französische Ministerium des Auswärtigen, wenn nicht auch noch andre Ressorts, ist von Anbeginn an amtlich an den Verhandlungen beteiligt gewesen; wie kann also das Petit Journal „auf Erkundigungen“ es als „falsch“ bezeichnen, daß die französische Regierung einen solchen Schritt getan habe! Trotzdem wird das in Paris amtlich bekannte Ergebnis vom Petit Journal mit einer bei diesem Blatt völlig ungewohnten Autorität in Abrede gestellt, und die deutsche Presse glaubt ihm das ohne weiteres! Hiernach kann man ermessen, welcher Wert überhaupt französischen Nachrichten, sobald sie Deutschland betreffen, beizulegen ist, insbesondere auch den Lügennachrichten, die über das deutsche Auftreten, die deutschen Ansprüche und die deutschen „Intriguen“ in Marokko neuerdings wieder mit einer Leichtfertigkeit sondergleichen verbreitet werden. Trotz der gegenteiligen Behauptung des Petit Journal steht also die von den Grenzboten gemeldete Tatsache fest, daß die französische Regierung auf Wunsch eines privaten Komitees die Exhumierung seit Jahr und Tag auf diplomatischem Wege nachgesucht, und daß der Kaiser sie jetzt genehmigt hat.

Bei Erscheinen dieser Zeilen hat König Eduard von Großbritannien und Irland seine Kur in Marienbad schon begonnen, ohne seinen kaiserlichen Neffen zuvor gesehen zu haben. Da Kaiser Wilhelm gegen den 10. September an den Rhein geht, so würde eine Begegnung am Rhein nach einer dreiwöchigen Kur des Königs immer noch möglich sein, falls dieser den Rückweg über Köln nähme, und

der Kaiser zu einer Begegnung bereit wäre. Nachdem die englische Presse ihren Monarchen für eine Zusammenkunft mit dem deutschen Kaiser nahezu festgelegt hatte, werden zunächst in England mancherlei Erwartungen enttäuscht sein. Wir sagen ausdrücklich „in England,“ denn in Deutschland hat man sich gegen die von London aus so fleißig betriebene Ankündigung einer Begegnung von Anfang an recht skeptisch verhalten, da trotz der so positiven Ankündigung jede Mitteilung des englischen Hofes oder der englischen Regierung ausblieb. König Eduard ist dem deutschen Kaiser einen Besuch in Berlin schuldig, und bevor dieser nicht geleistet wird, werden alle gelegentlichen Berührungen nicht ausreichen, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern in das richtige Fahrwasser zu bringen. Seit der vorjährigen Kieler Begegnung und den dort unter Kanonendonner gewechselten Trinksprüchen ist wenig mehr als ein Jahr verflossen. König Eduard sagte damals (25. Juni) beim Festmahl an Bord der „Hohenzollern,“ nachdem er den Wunsch geäußert hatte, „die innigen verwandtschaftlichen Beziehungen, welche unsre Häuser seit so langer Zeit verbunden haben, durch erneuerten persönlichen Verkehr womöglich noch enger zu knüpfen“: „Möchten unsre beiden Flaggen bis in die fernsten Zeiten ebenso wie heute nebeneinander wehen zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Wohlfahrt nicht allein unsrer Länder, sondern auch aller andern Nationen.“ Der König sagte das in deutscher Sprache, die er bekanntlich nicht nur gut, sondern auch gern spricht. Der weitere Verlauf des Jahres hat diesen guten Wünschen wenig entsprochen, die deutsch-englischen Beziehungen haben seitdem einen Tiefstand erreicht wie nie zuvor; sie waren bis in die jüngste Zeit von einer in London ausgehenden und ziemlich auf dem gesamten Erdball befolgten Parole der Unfreundlichkeit beherrscht, von der neuen Dislokation der englischen Flotte ganz abgesehen, die sich nicht notwendig gegen Deutschland allein zu richten braucht. Wenn das nach dem sechstägigen Besuch in Kiel möglich war, so ist nicht anzunehmen, daß eine flüchtige Begegnung von wenig Stunden hinreichen werde, durch eine Aussprache von Monarch zu Monarch den Beziehungen beider Reiche zueinander ein andres Gepräge zu verleihen. Dazu gehören doch Handlungen, gehört namentlich von englischer Seite eine wesentlich andre Lenkung des Staatsschiffes, ein andrer politischer Kurs. Im übrigen ist es durchaus begreiflich, daß der König auf der Reise nach Marienbad nicht gleich aus der französischen Umarmung in die deutsche eilen konnte. Aber auch wenn es auf der Rückreise unterbleiben sollte, wird man gut tun, das so wenig zu überschätzen, wie jetzt das Unterbleiben nicht überschätzt werden darf. Ist doch von Londoner Blättern schon ausgesprochen worden, die ganze Nachricht sei von Deutschland (!) erfunden, um die Bedeutung des französischen Flottenbesuchs in Portsmouth abzuschwächen und die französisch-englische Entente zu stören. Was Deutschland wohl ruhig dem Lauf der Dinge überlassen wird! Wird doch schon von Paris aus daran erinnert, daß die Welt schon mehr französisch-englische Flottenbegegnungen gesehen hat, nach denen die schärfsten Gegensätze nicht ausgeblieben sind.

Die Rechnung der englischen Politik ist dahin gegangen, Frankreich, das an Rußland keine Stütze mehr findet und nicht in der Vereinsamung bleiben will, durch englische Umarmung zu verhindern, sich Deutschland zu nähern. Es ist das König Eduards persönliche und von ihm persönlich betriebene Politik, die ihm, wie der französische Botschafter in London noch eben in einem zu Cowes ausgebrachten Toast ausdrücklich versichert hat, in Frankreich „nicht vergessen werden wird.“ Aber — derlei internationale Tischreden sind doch nur rednerische Momentphotographien, Stimmungsbilder des Augenblicks. Wie wenig sie auf die Dauer für die praktische Politik zu bedeuten haben, dafür ist die Erinnerung an die vorjährige Kieler Woche ein sehr naheliegendes Beispiel. Wer sich übrigens die Mühe nimmt, Kaiser Wilhelms vorjährigen Toast nachzulesen, auf den König Eduard in der oben erwähnten Weise erwiderte, wird finden, daß der Kaiser Wort für Wort sorgfältig abgewogen hatte, man blickt rücksehend wie in einen Spiegel hinein, der das

deutsch-englische Verhältnis von damals ohne jeden Überschwang wiedergibt. Wie Englands Umwerbungen auf die französische Politik gewirkt haben, beweist der Delcassésche Bündnisvorschlag. Seitdem hat die englische Politik die Miene angenommen, als sei sie durch den Pariser Szenenwechsel vom Anfang Juni gar nicht berührt worden und Frankreichs nach wie vor sicher. „Sie sind auf jegliche Bedingung mein.“ Wie das in Paris aufgefaßt wird, geht unter anderm aus einer Äußerung des Eclair vom 11. August hervor, der wörtlich sagt: „Die übertriebenen Freundschaftskundgebungen, mit denen England die französische Flotte buchstäblich erdrückt, haben im Publikum Überraschung hervorgerufen. Die Nation der splendid isolation scheint von einem menschenfreundlichen Delirium befallen zu sein (sic). . . .“ Der Artikel gibt weiter diesen Freundschaftsbeteuerungen eine abschließlich gegen Deutschland gerichtete Spitze. Dasselbe tun andre französische Blätter, und der Gedanke hat dort ziemlich Wurzel geschlagen, daß Frankreich nicht der Solbat Englands sein dürfe. Zunächst wird das auch in England nicht verlangt, man ist zufrieden, der Sorge um eine deutsch-französische Flottenkombination ledig zu sein. Die Führer der englischen Liberalen, die sich mit aller Entschiedenheit gegen einen Konflikt mit Deutschland erklären, wollen damit im Grunde nur der englisch-französischen Annäherung den Kriegsstachel nehmen, mit dem britische Seelords und Admirale neuerdings einigen Anflug getrieben haben.

Im übrigen werden auch die Liberalen die Politik fortsetzen, Frankreich im englischen Fahrwasser zu erhalten, damit es nicht in das deutsche gerate. Es ist das nicht liberale oder konservative Politik, sondern die Politik des Königs, schon deshalb werden sich auch die Nachfolger des heutigen Kabinetts nicht davon trennen. Tatsächlich liegt darin ein Kompliment für Deutschland, nämlich eine Furcht vor der deutschen Politik, die der ungeheuerlichsten Pläne für fähig gehalten wird, ungeachtet der großen Überlegenheit der englischen Flotte an Zahl! Wie zu Bismarcks Zeit kaum irgendwo auf der Welt ein Schornstein einstürzen konnte, ohne daß der damalige Reichskanzler die Hand im Spiele gehabt hätte, so wird heute der Kaiser in der französischen wie in der englischen Presse als Urheber der unglaublichsten Pläne gegen beide Länder angesehen. Wurde doch jüngst sogar das irgendwo signalisierte Anlaufen dreier niederländischer Kriegsschiffe in Tanger als ein Schachzug des Kaisers gegen Frankreich interpretiert! Daher kommt es denn, daß Redewendungen wie die, daß die französisch-englische Entente den Weltfrieden verbürge, auch in französischen Ohren angenehm widerklingen.

All diesem Wohlwollen bei unsern lieben Nachbarn gegenüber macht es einen um so seltsamern Eindruck, wenn in einzelnen deutschen Blättern Material für einen innern Konflikt zusammengetragen, und ein solcher in aller Form angefündigt wird. Die irgendwo erfundene Nachricht, daß noch fünftausend Mann nach Südwestafrika gehn sollen, hat ein Zentrumsblatt zu der Drohung mit einem Konflikt bewogen, wenn nicht sofort der Reichstag einberufen werde, während das Organ der deutschen Kolonialgesellschaft wiederum die sofortige Einberufung des Reichstags verlangt, um eine Bahn von Lüderichsbucht in das Innere, und zwar „in außergewöhnlichem Tempo“ zu bauen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die durch Tod, Verwundung oder Krankheit entstandnen Lücken in Südwestafrika wieder ergänzt werden müssen, ebenso der Pferdebestand, das Material usw. Ob in solchem Falle Staatsüberschreitungen vorkommen, läßt sich doch überhaupt erst nach Abschluß des Etatsjahrs, in bezug auf die Formationen in Südwestafrika aber jetzt doch um so weniger übersehen, als die berechtigte Hoffnung besteht, noch vor Schluß des Etatsjahrs einen wesentlichen Teil der Truppen in die Heimat zurückrufen zu können. Würden heute neue taktische Formationen in der Höhe von fünftausend Mann aufgestellt, so wäre die Forderung, daß der Reichstag zuvor gehört werden müsse, allenfalls berechtigt, obwohl es in England keiner Regierung einfallen würde, deshalb das Parlament einzuberufen.

In Deutschland nimmt sich die Forderung um so seltsamer aus, als der Reichstag bekanntlich nur sehr selten beschlußfähig, und die große Mehrzahl aller

von ihm beschlossenen Gesetze eigentlich verfassungsmäßig rechtsungiltig ist. Die Tatsache, daß Regierungen und Reichstag stillschweigend eine solche Gesetzgebung zulassen müssen, ist eine der moralischen Schwächen unsrer durch die Verfassung nicht hinreichend ausgebauten parlamentarischen Einrichtungen. Aber um so zurückhaltender sollte man mit der Forderung einer Einberufung des Reichstags wegen angeblicher Neuaufstellung von fünftausend Mann sein, jeder einzelne Abgeordnete wäre sicherlich zornig über die Zumutung, deshalb im Monat August eine Woche in Berlin zuzubringen. Dazu kommt, daß der gesamte Behördenapparat der Zentralstellen in seiner Urlaubszeit beeinträchtigt würde. Wollte sich der Reichskanzler revanchieren und den Reichstag wirklich wegen der in Aussicht genommenen geringen Transporte nach Südwestafrika einberufen, die Abgeordneten würden ihm wahrscheinlich wenig Dank wissen. Zudem darf Fürst Bülow wohl für sich in Anspruch nehmen, daß die verfassungsmäßigen Befugnisse des Reichstags von ihm mit Peinlichkeit gewahrt werden, und daß ihm jedwede verfassungsgegnerische Tendenz sicherlich völlig fern liegt. Bergegenwärtigt man sich dazu die Tatsache, daß von dreihundert Abgeordneten (ohne Sozialdemokraten) nur mit Not und Mühe einige Herren zu der Fahrt nach Kamerun zu haben waren, so sind doch die gesamten Raisonnements über die Nichteinberufung des Reichstags hinfällig! Was die Bahn von Lübertzbusch ins Innere anlangt, die in Zukunft sowohl für die materielle Entwicklung wie für die militärische Sicherheit des Landes unerlässlich ist oder in der letzten Hinsicht durch starke militärische Kräfte notdürftig ersetzt werden muß, so würde eine englische Regierung die Bahn längst als ein Kriegsmittel in Angriff genommen und energisch gefördert haben, mit der vollen Sicherheit, daß kein Parlament die Ausgabe hinterher ablehnen würde. Bei uns freilich rechtfertigt der „Segen“ des allgemeinen Stimmrechts alle Bedenken.

Unter den japanischen Friedensbedingungen ist eine, die die andern Nationen indirekt berührt, weil sie einen eigentümlichen Präzedenzfall im Seekriegsrecht schaffen würde. Es ist das Verlangen der Auslieferung der in neutrale Häfen geflüchteten russischen Schiffe. Ein solches Verlangen ist noch niemals gestellt worden, und Rußland wäre im vollen Recht, wenn es darauf nicht einginge, auch wären die in Betracht kommenden Mächte gar nicht in der Lage, diese Rußland gehörenden Schiffe ohne ausdrückliche Ermächtigung an Japan zu übergeben. Hat dieses sich der Schiffe im Kriege nicht bemächtigen können, so kann es doch nicht den Anspruch erheben, sie durch den Friedensschluß erobern zu wollen. Eine solche Bestimmung im russisch-japanischen Friedenstraktat würde das gesamte internationale Seerecht beeinflussen und könnte von keiner Seemacht gebilligt werden. \*§\*

Die „Rettung“ von Kiautschou. Die im letzten Heft (Nr. 32) von einem besorgten Freunde vorgeschlagenen Maßnahmen zur „Rettung“ Kiautschous dürften schwerlich auf Zustimmung in den Marine- und Armeekreisen zu rechnen haben. Erstens brauchen wir uns wirklich wegen der Absichten der Japaner auf Kiautschou keine grauen Haare wachsen zu lassen. Wären aber Ursachen zu ernstern Bedenken vorhanden, so würde es gerade diesem rührigen Volke gegenüber recht verkehrt sein, diese Bedenken öffentlich zu diskutieren. Alles, was geschrieben würde, würde doch nur für die Japaner geschrieben; unsre Behörden bedürfen in dieser Hinsicht keiner Belehrung. Noch weniger würden sie es aber für richtig erachten, an die große Glocke zu hängen, was sie in dem einen Falle tun, in dem andern lassen wollten. Außerdem hat sich der Herr Einsender die Sache aber sehr leicht gemacht. 15 000 Tonnen-Linienschiffe kosten nicht 20, sondern 30 Millionen Mark, sodann ist es nicht mit dem Schiffbau allein getan. Ob die Flotte, die er für Kiautschou vorschlägt, in dem Hafen von Tsingtau überhaupt untergebracht werden könnte, wollen wir hier nicht erörtern; er verlangt ja nicht weniger als 8 Linienschiffe, 8 Panzerkreuzer, 20 geschützte Kreuzer, 20 Torpedobootszerstörer und 100 Torpedo-

boote = 156 Schiffe. Wenn wir uns das leisten könnten, würden wir es viel dringender für die Heimatflotte nötig haben, denn in unserer Schlachtflotte liegt die Entscheidung zur See.

Es gibt aber weder einen Bundesrat noch gar einen Reichstag, der das neben dem Ausbau der Heimatflotte, oder auch nur für diese selbst, jetzt bewilligen würde. Auch würde eine solche Flotte für Ostasien wahrscheinlich von allen Mächten als eine Bedrohung, nicht als eine defensive Friedensbürgschaft angesehen werden. Denn den Wert hätte Kiautschou auf absehbare Zeit für uns nicht, daß wir neben allen andern Zuschüssen noch 50 Millionen jährlich für eine Flotte dort aufzuwenden geneigt sein könnten. Der Herr Verfasser rechnet zwar „nur“ 35 Millionen, aber abgesehen davon, daß er auch diese nie bekommen würde, rechnet er eben viel zu niedrig. Zu den Schiffen gehören auch die Stäbe und die Besatzungen, die Kosten der Indienstaltung, die sehr hoch sind, die Kosten der Ablösungstransporte, die Erbauung von noch mindestens zwei großen Docks in Tsingtau (für 15 000 Tonnen-schiffe geeignet), ferner die Errichtung einer vollständigen Werft, die Kohlenvorräte, Schiffskammern, Proviant- und Munitionsvorräte, Kasernen, Lazarette, Dienstwohnungen und Arrestlokale an Land, ein Geschützarsenal usw., sodaß mindestens noch 15 Millionen Mark jährlich hinzugerechnet werden müßten. Auch im Hafen selbst wären noch zahlreiche Vorkehrungen zur Aufnahme einer so großen Flotte zu treffen, ebenso Forts und Batterien in größerem Umfange anzulegen. Sodann aber haben wir Stäbe und Besatzungen leider nicht vorrätig, die Offiziere müßten erst herangezogen, die vielen Spezialisten unter den Besatzungen mühsam ausgebildet werden. Gelänge es, hierfür die Mittel zu erhalten, so wäre es ein Leichtsinns ohnegleichen, sie nicht für die heimische Schlachtflotte zu verwenden. Je stärker wir zuhause sind, desto weniger wird man uns draußen inkommodieren.

Japan hat gar keine Veranlassung, sich um Kiautschous willen mit Deutschland zu überwerfen, denn unsere dortige Niederlassung würde erst zur Bedrohung, wenn wir ein zweites Port-Arthur — absit omen — daraus machen wollten. Das freilich würden die Japaner sich wahrscheinlich nicht ohne weiteres gefallen lassen. So lange wir das nicht tun und dem Prinzip der „offnen Tür“ treu bleiben, haben sie nicht den geringsten Grund, uns in Kiautschou und Schantung zu belästigen. Im Gegenteil! Wir bauen ihnen dort die Eisenbahnen, auf denen ihre Handelsplaniere vorwärts dringen, und die jeder europäischen Bemühung spottenden unerbittlich billigen Arbeitslöhne der Japaner erobern ihnen Handelsgebiete weit einfacher und bequemer als Flotten und Heere. Wenigstens für alle Gegenstände, die sie selbst fabrizieren können. Für die andern sind sie selbst Käufer und schlagen auch da wieder die europäische und die amerikanische Konkurrenz durch viel geringere Unkosten und durch großes Maßhalten im Reingewinn. Sagte doch Balfour jüngst im Unterhause, nachdem er den Rückgang nicht nur des deutschen, sondern auch des englischen Handels nach China konstatiert hatte: „Mit jeder Bahn, mit der wir in das Innere Chinas eindringen, werden wir dort auf die japanische Konkurrenz stoßen; der japanische Handel ist der einzige, der dort entschieden vorwärts geht.“ Japan denkt auch gar nicht daran, ohne Not mit noch mehr europäischen Mächten anzubinden. Es richtet seine gesamten Schifffahrtslinien nach Europa hin ein, um seine europäischen Bedürfnisse auf japanischen Schiffen einzuholen, wie wird es also an Krieg mit Europa denken. Die europäischen Grossisten und Importeure, die in den chinesischen Hafenplätzen sitzen, bedürfen der Detailverkäufer — und das sind ihnen die Japaner. Dem deutschen, englischen und amerikanischen Kaufmann, der ihnen die Bahn bricht, hängen sie sich als erfolgreiche Zwischenhändler an.

Ganz abgesehen von allen politischen Motiven hat Japan also auch in seinen wirtschaftlichen Interessen durchaus keinen Grund, einen Konflikt mit Deutschland zu suchen oder herbeizuführen. Käme es je dazu, und die Japaner wollten sich Tsingtau bemächtigen, so würden sie das viel bequemer durch Landangriff als von der See her tun. Wir können dort nicht etwa auch noch ein halbes Duzend

Armeekorps halten. Vor allen Dingen muß doch der Schutz im richtigen Verhältnis zur Summe der zu schützenden Interessen stehn. Fordern diese einmal in künftigen Generationen eine solche Flotte, wie der Herr Einsender sie verlangt, so wird Deutschland auch in der Lage sein, diesen Schutz ohne Rücksicht auf irgendeine andre Macht zu schaffen und zu leisten. Warten wir zunächst einmal die Entwicklung von China selbst ab. Kommt dort früher oder später die chinesische Reformpartei an das Regiment, die den Japanern schon vor zehn Jahren riet, Rußland vor Fertigstellung der sibirischen Bahn anzugreifen und aus Ostasien zu werfen, dann können sich dort sehr merkwürdige Verhältnisse ausbilden, denn der reformfreundliche Chinese wird zwar eine starke patriotische Fieber entwickeln, aber seine Anlehnung doch auf lange Zeit an die wirklichen Kulturkräfte Europas suchen müssen, unter denen Deutschland hoffentlich immer in der vordersten Linie bleibt.

H. J.

Katholisches. Nach Beendigung des Deutsch-französischen Krieges hat der protestantische Prediger Urbouffe-Bastide in Predigten und in einer diese zusammenfassenden Schrift: *Les péchés de la France* den Franzosen ihr Sündenregister vorgehalten. Ein Ultramontaner, der sich Franko-Germanus nennt, findet das Register unvollständig; die schlimmsten Verschuldungen habe der Protestant, als solcher, natürlich nicht wahrnehmen können, die Ungerechtigkeiten, die die fälschlich sogenannten allerchristlichsten Könige gegen die katholische Kirche und den Papst verübt hätten. Diese stellt er nun in der Schrift: *Frankreichs Veründigungen an der Kirche und Christenheit* (München, Joseph Roth, 1904) vom ultramontanen Standpunkt aus dar, der selbstverständlich nicht der unsre ist. Daß Monarchen wie Ludwig der Bierzehnte den Klerus für die schwarze Garde des Polizeistaats ansahen und als solche gebrauchten, billigen auch wir nicht; aber wenn sich die französischen Könige, gleich den englischen, besonders von Philipp dem Schönen an, in Eintracht mit den Ständen die päpstlichen Einmischungen in die Staatsverwaltung vom Leibe gehalten und die päpstlichen Anmaßungen energisch zurückgewiesen haben, so haben sie damit nur eine der ersten Pflichten gegen Staat und Vaterland erfüllt. Der Verfasser irrt auch, wenn er sich die Behauptung des ultramontanen Staatslexikons aneignet, der Gallikanismus, wie das Streben der französischen Kirche nach relativer Unabhängigkeit von Rom genannt wird, verschulde das Elend Frankreichs. Frankreich ist doch erst unter dem dritten Napoleon elend geworden, der der Bigotterie des Klerus und der Weiber, auf die er sich stützte, die Zügel schießen ließ. Die französische Männerwelt ist viel zu weltlich-praktisch, zu skeptisch und zu spottfüchtig, als daß sie fromm sein könnte; das gallische Blut herrscht bei ihr vor. Die aber fromm sind, das heißt die meisten Frauen und eine Minderheit der Männer, sind es auf abergläubische und kindische Weise. Ihre Frömmigkeit äußert sich in Wundersucht, in einer Häufung läppischer und widerlicher Andachten und in einem fanatischen Orthodogismus. Sie besonders sind es, die, wie Dupanloup klagen mußte, mit ihrer Böbelagitation die törichten Dogmatisierungen des neunten Pius betrieben haben, sie sind es, die nach 1870 vor den „Herzen,“ den wirklichen fleischernen Herzen, natürlich nur gemalten, Jesu und Mariä gehult haben: *Sauvez Rome et la France!* und die zuerst auf den Teufel Vitrou und die Miß Vaughan hineingefallen sind. Die französischen Staatsbehörden tun nur ihre Schuldigkeit, wenn sie diese Art Frömmigkeit eindämmen, die der Religion nicht weniger schadet als dem Staate. Der Verfasser ist ehrlich genug, zu erwähnen, daß die französischen Könige des sechzehnten Jahrhunderts, während sie mit den deutschen Protestanten und sogar mit den Türken verbündet waren, über die Protestanten im eignen Lande blutige Verfolgungen verhängten, aber er vergißt, daß die Verfolgungen ganz im Sinne Roms waren und von den Päpsten sicherlich nicht als ein ihnen zugesüßtes Unrecht empfunden worden sind. Als eine brauchbare Übersicht über die Geschichte des Gallikanismus kann die Broschüre empfohlen werden. — Als eine erfreuliche Erscheinung begrüßen wir:

Nostra maxima culpa. Die bedrängte Lage der katholischen Kirche, deren Ursachen und Vorschläge zur Besserung. Von Anton Vogrinec, Pfarrer in Leifling, Kärnten. (Wien und Leipzig, Carl Fromme, 1904.) Der wackre Pfarrer meint, den Teufel könne man unmöglich für das Elend der Kirche in Österreich verantwortlich machen, denn den habe ja Christus besiegt, und die Schuld der Weltkinder und sonstiger Kirchenfeinde zu erörtern habe keinen Zweck, denn über die habe ein Pfarrer keine Gewalt; der Klerus habe nur nach seinem eignen Anteil an der Schuld zu fragen und ihn durch Reformen zu beseitigen. Er schlägt nun eine Reihe sehr vernünftiger Reformen vor und beschäftigt sich besonders mit der Reform des Religionsunterrichts so ausführlich, daß man sein Buch beinahe ein Lehrbuch der Katechetik nennen kann. Den Bischöfen spricht er auf Grund ihres Verhaltens bei den Visitationen jedes pädagogische Verständnis ab und wagt überhaupt manches kühne Wort gegen die stolzen, reichen und mächtigen Kirchenfürsten Österreich-Ungarns, zum Beispiel, man möge ihnen wehren, mitten unter einem halbverhungerten Volke, dem sie die Seligkeit der Armen predigen sollen, Paläste zu bewohnen und in vier-spännigen Prunkwagen herumzufahren. Wenn von Verschuldungen des österreichischen Klerus die Rede ist, kann billigerweise wohl nur die des hohen gemeint sein; denn der Seelsorgklerus wird so jämmerlich bezahlt und lebt in so schmachvoller Abhängigkeit von den geistlichen und den weltlichen Behörden, daß in ihm — auch noch seine jämmerliche Vorbereitung in Betracht gezogen — höhere Bildung, ideales Streben und männliche Gesinnung nicht aufkommen können. Ein Mann wie Vogrinec, in dem trotz solcher Lage das Gefühl der Verantwortlichkeit lebendig und stark bleibt, ist darum doppelter Ehren wert. — Der Kirchenhistoriker Friedrich Nippold gehört zu den eifrigen Förderern des Evangelischen Bundes und klagt gleich seinen Gefinnungsgenossen darüber, daß die Regierung dem Ultramontanismus zur Herrschaft verhelpe, die evangelische Kirche benachteilige und bedrücke. Besonders beschwert er sich darüber, daß die evangelische Heidenmission hinter der katholischen zurückgesetzt und entweder ignoriert oder verleumdet werde, wie dies namentlich in den chinesischen Händeln und im Hererokriege geschehen sei. Und die liberale Presse, namentlich die Bölnische Zeitung, habe an dieser Ungerechtigkeit teilgenommen. Solche Beschwerden machen den Hauptinhalt eines Vortrags aus, den er am 29. September 1903 in Görtz gehalten hat über das Thema: Aus welchen Bedürfnissen ging der Allgemeine evangelisch-protestantische Missionsverein hervor, und inwiefern hat er denselben entsprochen? Darin wird namentlich über den unheilvollen Einfluß des Bischofs Anzer geklagt. Der Vortrag veranlaßte eine lebhafte Zeitungspolemik, und diese samt dem Vortrage selbst faßt er in der (als Beigabe zu seinem Handbuche der neuesten Kirchengeschichte gedruckten) Broschüre zusammen: Bischof von Anzer, die Berliner amtliche Politik und die evangelische Mission (Berlin, C. A. Schwetschke und Sohn, 1905). Er teilt darin zwei Aktenstücke mit, die den schlechten Charakter Anzers beweisen sollen. Beide sind Aufzeichnungen eines Dr. H., der 1890 mit Anzer von Schanghai nach Port Said gefahren ist. In der einen, die im altkatholischen Deutschen Merkur veröffentlicht worden ist, wird berichtet, wie Anzer versichert hat, Döllinger habe bis zu seinem Lebensende mit ihm im Briefwechsel gestanden und in seinen Briefen die altkatholische Bewegung verurteilt; die Durchsicht der Papiere Döllingers aber habe ergeben, daß Briefe von Anzer nicht darunter seien; dieser habe also gelogen. Die zweite Aufzeichnung berichtet, wie Anzer im angetrunkenen Zustande einen Mitreisenden ohne jeden vernünftigen Grund ins Gesicht geschlagen habe und von diesem geohrfeigt worden sei. Beide Urkunden seien dem preußischen Kultusministerium und dem Auswärtigen Amte eingereicht worden, hätten aber keine Wirkung gehabt. Wir zweifeln nicht im mindesten an der Ehrlichkeit und Loyalität des von uns hoch geschätzten Professors Nippold. Auch ist dieser kein fanatischer Hasser des Katholizismus. Er erkennt zum Beispiel die Berechtigung des katholischen Missionswesens an. Er schreibt sehr schön: „Die katholischen Missionare gehören fast ausnahmslos den Mönchsorden an, die evangelischen entstammten bis

vor kurzem fast ausnahmslos unserm Pietismus. Mönchtum und Pietismus aber entspringen beide der gleichen Geistesrichtung. Beiderseits handelt es sich bei den echten Glaubensboten um die Nachfolge des Weltenrichters, der das, was den geringsten seiner Brüder erwiesen wird, als ihm selber erwiesen ansieht. Wir haben hier die echte Grundlage des Humanitätsgedankens in der Solidarität der Menschheit. Aber es ist allerdings zugleich der schlechtfinnige [schlechtthinige?] Gegensatz zu dem Nießsüchtigen Übermenschentum, das die Taten eines Pizarro auch bei uns landesüblich gemacht hat. Denn die echte Mission geht gerade davon aus, daß auch in den Verwahrloseten und Verachteten das göttliche Ebenbild geachtet und soweit möglich wiederhergestellt wird.“ Das und viel andres in der Broschüre ist gut und richtig, aber zu einem Urteil über Anzer, seine Tätigkeit und die Haltung der hohen Reichsbehörden in den chinesischen und den afrikanischen Angelegenheiten reicht das von Rippold vorgelegte Material nicht hin. Ein vollkommen sicheres Urteil könnte man wohl überhaupt nicht auf Grund von Schriftstücken fällen, sondern nur, wenn man China und Afrika aus eigener Anschauung kennen gelernt hätte. Den Eindruck macht das Mitgeteilte allerdings, daß Anzer mehr herrschüchtiger Kirchenfürst — großer Zivilmandarin — und schlauer Diplomat gewesen ist als seeleneifriger, demütiger, entsagender Apostel.

Dichterische und wissenschaftliche Weltansicht. Unter diesem Titel hat F. Baumann, ordentlicher Professor der Philosophie in Göttingen (Gotha, Friedrich Andreas Perthes, 1904), Charakteristiken von Dichtern und Dichterwerken und Urteile von Dichtern über ihren eignen Wert und den ihrer Werke in großer Menge zusammengestellt, um der Selbstüberschätzung der „Modernen“ entgegenzutreten. „Die neueste Dichtung erhebt den Anspruch, Wissenschaft und Poesie in eins zu arbeiten, Poesie als Wahrheit neben oder über die wissenschaftliche Wahrheit zu stellen, und einigermassen hat die Poesie immer diesen Anspruch erhoben. Bewährt sich diese Annahme an Beispielen großer von allen als solche anerkannter Dichter?“ Die Antwort lautet: nein. Unter den Dichtern selbst gibt es einzelne, die ihre Leistungen ganz nüchtern abgeschätzt haben. So Walter Scott, der die Literatur nur als ein Bierat des Lebens betrachtete, die Tätigkeit eines Generals, Richters, Staatsmannes für wertvoller erklärte als die des Dichters und meinte, seine Romane seien nicht würdig, in einem Atem genannt zu werden mit Davys Sicherheitslampe oder mit Watts Verbesserung der Dampfmaschine. Shakespeares Dramen hat man der darin enthaltenen Gelehrsamkeit wegen Bacon zuschreiben wollen. Baumann weist nach, daß diese Gelehrsamkeit gar nichts Erstaunliches hat, und daß Shakespeare hinter dem Wissen seiner Zeit, das er sich aus einigen Büchern leicht aneignen konnte, in mancher Beziehung zurückgeblieben ist. „Nach Grillparzer war er in erster Linie Theatermann (Schauspieler und Theaterunternehmer), und nur weil er ein Genie war, ist er hinter seinem Rücken der größte Dichter geworden.“ Bei der Wahl der Stoffe richtete er sich, um sich den Erfolg zu sichern, nach der gerade herrschenden Mode. Sein Ziel war, beim Theater so viel zu verdienen, daß er Gutsbesitzer werden konnte. Als solcher hat er sich auch an den schon von Thomas Morus beklagten Einzäunungen beteiligt, d. h. am Raub des Gemeindelandes. Ibsen und andre neuere Dichter richteten nach Baumann dadurch Schaden an, daß sie von einem Teile des Publikums für wissenschaftliche Autoritäten angesehen werden, und daß die wissenschaftlichen Ansichten, die sie verbreiten, zum Teil falsch sind. Gegenüber den Ansprüchen der Ästhetiker und Dekadenten wird betont, daß man die Wahrheit bei den Wissenschaften suchen müsse, und Nordaus Wort gelobt: „Der Fortschritt ist die Wirkung immer härterer Zwangung des Tieres im Menschen, immer strafferer Selbstzügelung, immer feinerer Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühls — die Emanzipation des Urteils, nicht der Begierde.“ Die Dichtung könne zwar nichts beweisen, immerhin aber Gutes wirken, wenn sie einer gesunden Ansicht oder Empfindung einen packenden Ausdruck verleihe und so die Wissenschaft und die Moral unterstütze.

Ein fehlerhaftes Zitat Bismarcks. Vor einiger Zeit machte ein aus Frankfurt datierter Brief Bismarcks — wars an seine Frau oder an seine Schwester? — die Kunde durch die Zeitungen, worin sich der Schreiber gelegentlich als „der Zeit hinfalligen Sohn“ bezeichnet. Das Beiwort mag auch ein andres, sinneverwandtes sein, für den Zweck dieser Zeilen ist das gleichgiltig. Jedenfalls ist der wunderliche, einigermaßen fragwürdige Ausdruck eine Reminiszenz aus Shakespeares Heinrich dem Achten, wo Akt 3, Szene 2 der Cardinal Wolsey zum König sagt:

Endlich heißt Natur  
Für ihr Erhalten eine Zeit, die leider  
Ich, ihr hinfalliger Sohn, ihr pflichten muß  
Wie jeder Sterbliche.

(And nature does require  
Her times of preservation, which perforce  
I, her frail son, amongst my brethren mortal  
Must give my tendence.)

Man sieht, der Ausdruck des Briefes stimmt zu dem vorstehenden Text, aber die Stelle ist offenbar mißverstanden: Wolsey nennt sich natürlich nicht den hinfalligen Sohn der Zeit, sondern der Natur, deren Erhaltung jeder Sterbliche einen Teil seiner Zeit opfern muß. Bismarck aber hat, was bei flüchtigem Lesen der Verse passieren kann, das Pronomen ihr auf das nächststehende Hauptwort bezogen. Immerhin ist das Zitat aus einem Drama, das nicht gerade zu den allgemein bekannten Stücken Shakespeares gehört, ein neues Zeugnis für Bismarcks Belesenheit und Gedächtnis.

Weimar

f. Kuntze

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Nach dem heutigen Stande der Wissenschaft ist

nach beste M der Zähne u

$\frac{1}{4}$  Flasche: 1,50

Garantirter Inhatt: 85 cubiccm. Odol.

Dresdener Chemisches Laborator. Lingner.

Wer Odol konsequent täglich vorschriftsmäßig anwendet, übt die nach dem heutigen Stande der Wissenschaft denkbar beste Zahn- und Mundpflege aus.